

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, Leitartikel

Kreuz des Südens

Wenn Deutschland glaubhaft sein will, muss es notfalls seinen militärischen Einsatz in Afghanistan ausweiten

Josef Joffe

Napoleon wäre vielleicht als Kaiser von Europa in die Geschichte eingegangen, wenn die Preußen den Briten 1815 ausgerichtet hätten: »So sorry, bis Waterloo schaffen wir es nicht.« Tatsächlich kamen die Preußen in letzter Minute, und Napoleon ging in die Verbannung. Im Krieg kommt es eben darauf an, wer wann und wo aufmarschiert. In Afghanistan aber verweigern sich Blüchers Nachfahren dieser simplen Einsicht. Kanzlerin und Verteidigungsminister reagierten als gleich mit einem scharfen Nein auf den Brief aus dem Pentagon, der die Verlegung deutscher Truppen in den umkämpften Süden forderte.

»Unangemessen«, »anmaßend« und »verwunderlich« sei dieser Brief, wurde an die Medien gestreut. »Verwunderlich«? Seit dem Spätherbst laufen die Demarchen über die üblichen, diskreteren Kanäle. Nicht nur die Amerikaner, auch Briten und Holländer fordern Verstärkung im Süden, wo die Verluste steigen. Dass Berlin die Notrufe ignorierte, hat einen guten Grund. Der Bundestag hat das Mandat für die 3000 deutschen Soldaten strikt eingekastelt. Übrig blieb: kein Kampfeinsatz, es sei denn zur Selbstverteidigung.

Wohlweislich ist die Bundeswehr in den Norden gegangen, weil dort nicht gekämpft wurde und wird; in Kundus herrscht nicht halbwegs Ruhe, weil sich die Deutschen als freundliche Entwicklungshelfer nützlich machen. Verständlich ist die Vorsicht allemal: Wir mischen

mit, riskieren aber wenig. Jetzt fechten die Verbündeten die gefällige Arbeitsteilung an.

Was soll Berlin tun? Ginge es allein um die Innenpolitik, könnte die Antwort nicht klarer sein: Lasst uns bitte in Ruhe; weiten wir diesen unpopulären Einsatz aus, riskieren wir mit dem Leben unserer Soldaten auch das Überleben der Großen Koalition. Leider folgt die Außenpolitik anderen Gesetzen, und die quälen gleich dreifach.

Erstens: Müssen wir der Nato nicht dankbar sein, dass sie uns vierzig Jahre lang beschützt hat mit einer halben Million fremder Soldaten auf westdeutschem Boden? Nur ist Dankbarkeit ein schwächliches Moment im Leben der Staaten, und so fragt die kühle Staatsräson, was ist denn das deutsche Interesse hier und heute?

Deshalb, zweitens: Unverrückbar ist das Gebot, das Bündnis nicht in Afghanistan zugrunde gehen zu lassen und schon gar nicht, weil ausgerechnet Berlin den Luther gibt: »Hier stehe ich und kann nicht anders.« Das existenzielle Risiko für die Allianz liegt auf der Hand. Dann zögen die Holländer und Kanadier ab, wie sie es angedroht haben es blieben die üblichen Verdächtigen USA und England. Niemand würde deshalb das Nato-Hauptquartier in Belgien abreißen, aber das wärs dann auch: ein Bauwerk, kein Bündnis.

Drittens darf Afghanistan nicht wieder zur Erbpacht der Taliban,

mithin von al-Qaida werden. Der SPD-Verteidigungsminister Struck hatte recht, als er dozierte, Deutschland müsse auch am Hindukusch verteidigt werden. Klassische Territorialkriege sind derzeit out in Europa, die Bedrohung kommt von weit her von gescheiterten Staaten, Terrorbrigaden und Atomwaffen in den Händen derer, die von der Apokalypse träumen.

Zurück zur Innenpolitik. »Das Mandat steht nicht zur Disposition«, insistiert die Kanzlerin. Aber in dem Mandat von 2005 steht auch: »Deutsche Streitkräfte werden in den Isaf-Regionen Kabul und Nord eingesetzt. Darüber hinaus können sie (im Westen) sowie im Zuge der weiteren Isaf-Ausdehnung in anderen Regionen für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden (...).«

Hier öffnet sich ein goldenes Brücklein. Berlin könnte sich den Pelz waschen, ohne allzu nass zu werden. »Zeitlich und im Umfang begrenzt« heißt: Wir können unseren »Mitgliedsbeitrag« etwas erhöhen etwa mit mobilen Spezialeinheiten und so Holländern und Kanadiern das Argument fürs Bleiben liefern. Heldenhaft wäre das nicht, aber weise ein Ausweg aus dem Mahlwerk der Innen- und Außenpolitik.

Oder so: Dieses Land, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, will nicht wirklich eine Mega-Schweiz sein. Wer aber die Macht



Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

will, muss auch Verantwortung
tragen. Wie kann Berlin abermals
einen ständigen Sitz im UN-
Sicherheitsrat fordern, wenn es
Einfluss für sich ohne Einsatz für
das Ganze will? Alle Politik muss
den Wählerwillen respektieren. Aber

das Grundgesetz verbietet es den
Regierenden nicht, für das
außenpolitisch Gebotene zu
werben.

+

+

Audio www.zeit.de/audio